

# Vom Stabilitäts- und Wachstumspakt zu den Finanzmärkten

Der Fall Portugals und Spaniens

Júlio Mota, Luís Lopes, Margarida Antunes

## Die jüngste Phase des neoliberalen Wirtschaftsmodells

Seit etwa einem Jahr wird diskutiert, dass das neoliberale Modell ans Ende komme. Doch heute zeigt sich eine neue Facette. Es wird explizit und brutal deutlich, dass es de facto die Finanzmärkte sind, welche die Regierungsinitiativen bestimmen. Nach Währungen, Rohstoffen, Nahrungsmitteln, faulen Krediten wurden nun die Regierungen als Ziel spekulativer Aktivitäten gewählt. Die EU ist ein Beispiel hierfür, speziell die Länder des Südens.

Mit der Krise der 70er Jahre begann eine systematische Erosion des Wirtschaftsmodells, das eine Periode von Frieden und Wachstum garantiert hatte. Es begann eine Zerstörung der Preisregulationssysteme auf internationaler Ebene; diese Logik dehnte sich auf alle Märkte aus.

Simultan konnten eine Redefinition der Rolle des Staates und der makroökonomischen Politik beobachtet werden. Von Produzenten wurden Staaten bis heute fast allein auf die Rolle von Regulatoren begrenzt. Budget- und Fiskalpolitik wurden unter Kuratel gestellt. Die Ausbreitung von Steuerparadiesen trug weltweit zu einer Minderung von öffentlichen Einnahmen bei, wodurch die Handlungsspielräume von Regierungen eingeengt wurden. Die Institutionen, welche die »goldenen dreißig Jahre« garantiert hatten, wurden zerstört, die Mechanismen, die bestimmte Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse garantierten, wurden dort, wo sie existierten, demontiert. Alle möglichen Strategien für die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen wurden genutzt: die Durchsetzung einer im Vergleich zum Kapital geringen Mobilität der Arbeitskräfte, welche den Arbeitsverhältnissen bewusst eine nationale Prägung gibt, die gleichzeitig der zwischenstaatlichen Konkurrenz ausgesetzt wird; der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO), der das Volumen der weltweit verfügbaren Arbeitskräfte erhöhte; das Ende der sozialen Regulation in Osteuropa; die schrittweise Neutralisierung der Gewerkschaften; die Europäische Beschäftigungsstrategie und die Lissabon-Strategie. All dies führte zu einer relativen Verarmung eines Teils der Bevölkerung, die man heute als Prekariat bezeichnen kann, die auf individuelle Verträge, Teilzeit- und befristete Beschäftigung angewiesen ist und durch eine Abwertung der Arbeit gekennzeichnet ist.

Mit dieser Dekonstruktion des Staates und der Arbeitsmärkte taucht ein anderer Sektor auf, der in der Dynamik des Kapitalismus dominant ist: der Finanzsektor. Es tut sich ein neuer Konflikt um die Verteilung des wirtschaftlichen Surplus zwischen ArbeiterInnen und einer äußerst machtvollen Gruppe auf, die aus ArbeitgeberInnen in der Realwirtschaft und den Akteuren der Finanzmärkte besteht, die allerdings nicht immer einen Interessengleichklang zeigen. In dieser zweiten Gruppe geht es den ArbeitgeberInnen in der Realwirtschaft eher um die Erhöhung der Börsennotie-

rungen als um die Schaffung von ökonomischem Wert. Die Selbstfinanzierung produktiver Investitionen gerät unter den Druck zunehmender Dividendenansprüche. Diese neuen Konflikte haben die Gesellschaft in den letzten drei Jahrzehnten geprägt.

Zu diesem Resultat kommt auch eine Studie zur Einkommensverteilung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: »the profit share is unusually high at present (and the wage share unusually low). In fact, the extent and cross-country scope of this outcome has no precedent over the past 45 years« (BIS 2007: 1). Johnathan Clements warnt im *Wall Street Journal* vom 3. Oktober 2007, dass »this trend, with profits taking an ever-larger share of the economy, »can't go on forever«. »It's impossible for that to be sustained because, if it was, all income would be profits'«.

So ist ein Konkurrenzraum auf globaler Ebene durch die Nationalstaaten ohne eine Überwachungsregulierung geschaffen worden, der auf einer Dynamik der Reduktion der Lohnkosten gründet. Hiermit wurde die Grundlage für eine Kontraktion der effektiven Nachfrage und der Selbstblockade des Systems gelegt. Damit verschärft sich der Konflikt zwischen den UnternehmerInnen und dem Finanzsektor um die Verteilung des geschaffenen Surplus. Es gab drei mögliche Reaktionen, um die so geschaffenen Widersprüche anzugehen: die Expansion bei den Luxusgütern, die Verlagerung der Produktion von Lohngütern nach Asien und die außerordentliche Ausweitung der Verschuldung von privaten Haushalten.

In diesen Rahmen fügen sich die Subprime-Kredite ein, die als ein Mittel des Finanzsektors gesehen werden können, sich gleich den UnternehmerInnen wirtschaftlichen Surplus im Kontext von Prekarität und Verschuldung privater Haushalte in einem völlig deregulierten System anzueignen.

Die Aneignungslogik setzte sich in der entfalteten Krise mit dem Tausch der toxischen Aktiva gegen öffentliche Gelder fort. Mehr wurde nicht getan. Das System bleibt dasselbe, dieselben Ursachen schaffen dieselben Wirkungen. Genau das geschieht in der EU. Die erhöhte Liquidität wird vom Finanzsektor im Rahmen von Attacken auf die souveränen Schulden gegen jene Staaten eingesetzt, welche die Liquidität bereit gestellt hatten. Die Angelegenheit ist sogar noch schwerwiegender, wenn, wie das *Wall Street Journal* am 26. Februar d.J. berichtete, während eines Essens in New York, bei dem die großen Hedge Fonds vertreten waren, hohe Wetten auf eine Abwertung des Euro bis zu einer »Parität« mit dem Dollar, eingegangen wurden. »This is an opportunity ... to make a lot of money«, sagte man.

Die Institutionen und Regierungen der EU zeigten beides : Sowohl eine kollektive Unfähigkeit zeitgerecht und mit Voraussicht zu agieren bzw. zu reagieren um diesen Typ von Mechanismus zu regulieren, als auch den festen Willen, nichts zu verändern. Es scheint, als ob alles so weiter gehen sollte, als ob nichts passiert wäre. Die oben genannte Nachricht mag eine Falschmeldung sein, aber die Ereignisse haben sich in Übereinstimmung mit ihr abgespielt.

Die Regierungen verschuldeten sich noch mehr. Zur Verschuldung zur Nutzung des Budgets bei der Rettung der Banken und Minderung der Spannungen in Realwirtschaft, zu den Anti-Krisenmaßnahmen und zu den automatischen Stabilisatoren muss man jetzt noch die über den Zinsauftrieb bedingte Steigerung des Schuldendienstes hinzuaddieren. Durch den Rückgang der Produktion hat sich das Verhältnis öffentliches Defizit/BIP weiter verschlechtert. Auf den Anleihemärkten für Staatsschulden ergab sich ein exzessiver Andrang, und damit öffnete sich der Weg für eine neue spekulative Blase. Zum neuen Spekulationsobjekt wurden die Staatsschulden

der Länder der Euro-Zone. Diese haben Referenzwerte, anhand denen ihre Budgetsituation und deren jeweilige Veränderung abgelesen werden kann: die Werte des Stabilitäts- und Wachstumspaketes (SWP) und der nationalen Programme. Es ist bekannt, dass deren Verletzung durch mehrere Länder die Idee dieser Währungsunion in Frage stellen kann. So wird die Fähigkeit eines Landes, den Schuldendienst zu leisten in Frage gestellt, und die Zinssätze für seine Refinanzierung steigen. Hierbei müsste das Kriterium der in der Vergangenheit akkumulierten Schuld herangezogen werden, doch diese war bislang gar nicht in Frage gestellt worden. Der Druck auf die öffentlichen Defizite seitens der Märkte wird von den Institutionen der EU genutzt, um einen gewichtigen Partner zu gewinnen, um Druck auf die Regierungen auszuüben, damit sie die Rolle des Staates und seiner Ausgaben minimieren. Über seinen Refinanzierungsbedarf wird der Staat so in eine subalterne Position gegenüber den Gläubigern gebracht.

So werden die Länder Südeuropas angegriffen. Es entstand so das Risiko eines Dominoeffekts, wie dies die Spekulanten behaupteten, die schon die Subprime-Krise verursacht hatten und nun heftige Attacken auf den Euro lancierten. Es ist leichter die griechische, portugiesische oder spanische Staatsschuld anzugreifen als beispielsweise die französische. Während dies geschah, zögerten die EU-Institutionen unter Berufung auf den Artikel 122 des EU-Vertrages die Staaten zu stützen und überließen diese auf Grundlage von Artikel 123 dem Druck der Märkte. Es gab ein stark zögerliches Verhalten, und jeder Moment der Entscheidungslosigkeit schuf weitere Handlungsspielräume für die Spekulanten. Die Notierung der Staatstitel fiel, die Zinsen stiegen und die öffentliche Verschuldung nahm zu. Ohne bemerkenswerte Ereignisse außer, dass aufgrund der Spekulation mit den Staatstiteln die Zinsen für die griechischen Schulden zwischen November 2009 und Anfang Mai 2010 von 5 % auf fast 12 % stiegen. Laut IWF gingen sie bei der portugiesischen Staatsschuld von 4 % auf 6,5 % hoch. Damit stieg die Belastung durch die Staatsschulden, denn der Zinssatz für die Staatsschulden liegt nun höher als die Wachstumsrate der Staatseinnahmen.

### **Der Fall Portugals**

Portugal wies zwischen den Jahren 2000 und 2007 relativ geringe Wachstumsraten des BIP auf; im Schnitt wurde nicht einmal eine jährliche Wachstumsrate von 1,5 % erreicht. Diese Entwicklung kann man mit dem Einbruch bei den Investitionen erklären, was anhand ihres relativen Anteilsverlustes beim BIP (um ca. 5 Prozentpunkte) und der restriktiven Budgetpolitik, die statistisch stärker ab 2005 evident wird, abgeschätzt werden kann. Trotz des schwachen Binnenkonsums ist dieser immer noch der Hauptträger des Wachstums, womit der Anteil des Konsums der privaten Haushalte am BIP gewachsen ist. Diese Entwicklung des Konsums und der Kauf von Wohnungen führten zu einem Rückgang der Ersparnisse und einem Anstieg der Verschuldung der Haushalte, die im Jahr 2008 105 % des BIP erreichte. Denn die Löhne entwickelten sich nicht in einer Weise, welche die Nachfrage hätte stützen können. Ihr Wachstum war eher mäßig und die Arbeits- sowie Beschäftigungsbedingungen verschlechterten sich.

Diese Verschlechterung ist nicht ein Reflex der aktuellen Krise, sondern Ergebnis der Regulierung des Arbeitsmarktes im gegenwärtigen Wirtschaftsmodell und

im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Tatsächlich erscheint die Entwicklung des Arbeitsmarktes als deren logische Folge. Die zeitlich befristete Beschäftigung ist stark gewachsen und betrifft statt 12,4 % der ArbeiterInnen im Jahr 1997 im Jahr 2007 bereits 22,4 %, was weit über dem Durchschnitt der EU-15 liegt. Unfreiwillige Teilzeitarbeit hat ebenfalls deutlich zugenommen, und ihr Anteil an der Teilzeitarbeit ist von 22 % im Jahr 2000 auf 39 % im Jahr 2007 gestiegen, was ebenfalls deutlich mehr als der Durchschnitt der EU-15 ist. Diese Veränderungen brachten neue Lohnarbeitsverhältnisse hervor. Die Stundenlöhne bei zeitlich befristeter und Teilzeitarbeit machen 75 % des Niveaus anderer Arbeitsverträge bzw. knapp 88 % von Vollzeitarbeit aus. Dies erklärt, warum vielfach die Integration in den Arbeitsmarkt keinen Schutz vor Armut bietet. In Portugal sind (nach Zahlen aus dem Jahr 2007) 9 % der ArbeiterInnen armutsgefährdet, aber dieser Wert liegt bei jenen ArbeiterInnen, die nur einen Teil des Jahres eine Arbeit erlangen können (15 %), und mehr noch für Teilzeitbeschäftigte und kleine Selbständige (29 %) deutlich höher. Letztere Kategorie ist sogar deutlich stärker armutsgefährdet als die Gesamtbevölkerung (18 %).

Trotz dieser Entwicklung der Lohnverhältnisse ist der Anteil der Löhne am BIP über 10 Jahre (1997–2007) nicht wesentlich, nur ca. einen Prozentpunkt, zurückgegangen. Dies könnte sich dadurch erklären, dass die Gehälter im obersten Quintil stark gestiegen sind, was die Ungleichheit bei den Löhnen verschärft hat.

Während die Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 eine der niedrigsten, 4 %, in der EU war, ist sie seit dem kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2007 erreichte sie bereits 8,1 %. Ähnliches gilt für das Armutsrisiko, das seit 2005 um 6 Punkte gestiegen ist.

Portugal befand sich somit bereits zu Beginn der Krise im Jahr 2008 in einer alles andere als komfortablen Arbeitsmarktsituation. Mit der Verschlechterung der Konjunktur stieg die Arbeitslosigkeit 2009 auf 9,6 %. Das Armutsrisiko von einigen prekär Beschäftigten stieg schon 2008. 2009 ist das portugiesische BIP um 2,7 % gefallen. Am stärksten trugen zu diesem Rückgang die Investitionen, die schon in den Vorjahren unbefriedigend waren, und die Exporte bei, die in erheblichem Maße vom Abschwung in der EU getroffen wurden. Der Rückgang des privaten Konsums wurde wahrscheinlich durch den Rückgang der Ratenzahlungen für Hypothekarkredite und den Preisrückgang bei einigen Konsumgütern abgemildert. Außerdem initiierte die Regierung Maßnahmen zur Abmilderung der Krisenfolgen. Diese betrafen die Beschäftigungspolitik, die Unterstützung für Familien und Klein- und Mittelbetriebe und das Vorziehen einiger öffentlicher Investitionsprojekte. Entsprechende öffentliche Ausgaben machten 0,8 % des BIP aus. Bei den beschäftigungspolitischen Maßnahmen wären die Unterstützung für die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Verstärkung von Unterstützungszahlungen im Bereich der Arbeitslosenunterstützung hervorzuheben.

Als Folge des Rückgangs des BIP im Jahr 2009, der automatischen Stabilisatoren, der Anti-Krisen-Maßnahmen und der Stützung des Finanzsektors ist das Verhältnis öffentliches Defizit/BIP auf 9,4 % gestiegen. Im März 2010 präsentierte die Regierung der Europäischen Kommission das *Programa de Estabilidade e Crescimento 2010-2013*, in dem sie vorsieht, das Budgetdefizit bis zum Ende der Periode auf weniger als 3 % des BIP abzusenken, wobei für 2009 ein Zielwert von 8,3 % anvisiert wurde. Laut den vorgeschlagenen Maßnahmen sind die Hauptposten bei der Senkung der öffentlichen Ausgaben die Gehaltsausgaben im öffentlichen Dienst, Sozialausgaben

und große öffentliche Investitionen, die aufgeschoben werden sollen. Bei ersteren kommt es zu Beschränkungen bei Stellennachbesetzungen, es werden die Gehälter 2010 eingefroren bzw. werden sie danach mit einer Rate unterhalb der Inflationsrate steigen, wie dies übrigens auch schon in der Vergangenheit der Fall war. Im Hinblick auf die Sozialausgaben ist es vorgesehen, den Nominalwert der Leistungen, die keine Versicherungsleistungen sind, einzufrieren, eine Maximalgrenze für die Ausgaben zu definieren, das Regime der Arbeitslosenunterstützung so zu ändern, dass der Mindestlohn, bei dem der Arbeitslose eine Stelle annehmen muss, abgesenkt und die Berechnung der Lohnersatzleistung anders kalkuliert wird. Für jene, die mittlere oder höhere Löhne bezogen haben, kann dies auf eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 20 % hinauslaufen. Auf der Einnahmenseite des Budgets wird die Reduktion einiger Begünstigungen für Haushaltsausgaben bei Gesundheit und Bildungen vorgeschlagen. Weiters wird eine neue Tarifklasse bei der Einkommensteuer mit einem Satz von 45 % geschaffen.

Mitte April wurde das Programm von der Europäischen Kommission angenommen, obgleich diese auf die Möglichkeit hinwies, dass sich die Maßnahmen aufgrund der relativ optimistischen Wirtschaftsprognosen als unzureichend erweisen könnten. Bereits nach dem Ecofin-Treffen am 9. Mai wurde das Programm revidiert und ein öffentliches Defizit von 7,3 % des BIP für dieses Jahr als Zielmarke angegeben, was ein Prozentpunkt weniger als ursprünglich vorgesehen ist. Dies impliziert eine Reihe von Maßnahmen auf der Einnahmenseite – unter anderem eine Erhöhung um 1 % bei allen Mehrwertsteuern, eine zusätzliche Belastung bei der Einkommensteuer von Familien von 1 % bzw. 1,5 % je nach Steuerklasse, einen Zuschlag bei der Einkommensteuer von Unternehmen ab einer bestimmten Höhe. Dies betrifft auch die Ausgabenseite. Hier sind die Gehaltskürzungen von 5 % bei politischen und öffentlichen Ämtern und das vorzeitige Auslaufen der Anti-Krisen-Maßnahmen, deren Fortsetzung bis Jahresende 2010 von der Regierung im November 2009 und im Jänner 2010 angekündigt worden war, hervorzuheben. Es handelt sich um die Veränderungen bei Arbeitslosenversicherung und um das Ende der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Noch danach, im letzten Mai, beschloss die Regierung die Verlängerung der Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor.

### **Der Fall Spaniens**

Spaniens Wachstumsentwicklung unterscheidet sich deutlich von der portugiesischen in den Jahren 2000–2007. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate lag bei nahe 3,5 %, was eine der höchsten in der EU war. Hauptmotor des Wachstums waren die Investitionen, deren Anteil am BIP zwischen 1997 und 2007 um etwa 9 Prozentpunkte stieg. Für die Hälfte dieses Wachstums war der Wohnungssektor verantwortlich. Diese Entwicklung wurde mit dem Rückgang der realen Zinssätze, die sich unter dem Durchschnitt der Eurozone bewegten, mit dem erleichterten Kreditzugang, der fiskalischen Begünstigung des Wohneigentums und dem spekulativen Verhalten einiger Investoren begründet. Hingegen ist der Anteil des privaten Konsums am BIP leicht, um etwa 2 Prozentpunkte, zurückgegangen. Trotz des relativ schwächeren Wachstums des Privatkonsums ist der Anteil der Ersparnis am BIP zurückgegangen, und die Verschuldung der privaten Haushalte stieg auf ca. 88 % des BIP im Jahr 2007 an.

Die Einschätzung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ist schwieriger als in Portugal wegen des Bruchs in der Statistik im Jahr 2005. Daher kann nur ein Bild der Vorkrisenzeit gegeben werden. Hierbei zeigt sich, dass die ArbeiterInnen mit Zeitverträgen mehr als ein Drittel der Beschäftigten ausmachten. Dieselbe Zahl galt für den Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an allen Teilzeitbeschäftigten. In Spanien sind (laut Zahlen für 2007) 11 % der ArbeiterInnen armutsgefährdet. Diese Zahl liegt bei jenen, die nur einen Teil des Jahres oder teilzeitbeschäftigt sind, höher (14 %). Diese Bedingungen spiegeln sich auch im Rückgang der Lohnquote um etwa 4 Prozentpunkte zwischen 1997 und 2007 wider.

Die Arbeitslosenquote war seit 1994, als sie mit 19,5 % einen Höhepunkt erreicht hatte, bis 2007 zurückgegangen. Damals betrug sie 8,3 %, einem durchaus als hoch angesehenen Niveau. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in den hohen Wachstumsraten in einem Teil dieser Periode begründet.

Auch in Spanien war die Arbeitsmarktlage vor der Krise schon ziemlich prekär. Dies zeigte sich dann auch später, als die Arbeitslosenrate zunächst 2008 auf 11,3 % und dann 2009 auf 18 % anstieg. Bei der jüngsten Altersgruppe, den 20–24-Jährigen lag sie sogar bei 33,4 %. Der Anstieg geht laut Prognosen auch 2010 weiter (19,7 %). Der Bausektor ist für 40 % der vernichteten Arbeitsplätze verantwortlich. Selbst für jene, die ihren Arbeitsplatz halten können, aber prekär beschäftigt sind, stieg 2008 das Armutsrisiko. Das spanische BIP ist 2009 um 3,6 % gefallen. Der Grund hierfür liegt vor allem im Einbruch bei den Investitionen und speziell im Bau- und Wohnungssektor, der 2009 um 24,5 % schrumpfte, nachdem er bereits einen Rückgang von 10,3 % im Jahr 2008 zu verzeichnen hatte. Die negative Entwicklung des privaten Konsums, aber auch der Exporte, speziell im Tourismus, erklären den Rückgang des BIP. Über die Maßnahmen zur Stützung des nationalen Finanzsystems hinaus initiierte die Regierung einige Anti-Krisenmaßnahmen, die Familien und Klein- und Mittelbetriebe stützten und 1,5 % zum Wirtschaftswachstum beitrugen.

Diese Maßnahmen, der Rückgang des BIP und die automatischen Stabilisatoren ließen das Verhältnis öffentliches Defizit/BIP 2009 auf 11,2 % ansteigen. Im Februar 2010 präsentierte die Regierung der Europäischen Kommission das *Programa de Estabilidad 2009–2013*, in dem sie eine Minderung des öffentlichen Defizits auf 3 % des BIP bis zum Ende der Periode vorschlug und das heurige Defizit mit 9,8 % des BIP veranschlagte. Laut diesen Vorschlägen sollen hauptsächlich die Lohnkosten der öffentlichen Bediensteten – über eine moderate Lohnpolitik und ein Einfrieren der Stellen – die Ausgaben für den intermediären Konsum und die öffentlichen Investitionen zu einer Reduktion der öffentlichen Ausgaben beitragen. Auf Seiten der Budgeteinnahmen wurden eine Erhöhung der beiden Mehrwertsteuersätze und die Abschaffung einige Begünstigungen, die im Rahmen der Anti-Krisenmaßnahmen geschaffen worden waren, vorgeschlagen.

Mitte März analysierte die Europäische Kommission das Programm und befand die Prognosen als allzu optimistisch. In der zweiten Maiwoche wurde eine Revision vorgenommen und das anzustrebende Budgetdefizit auf 9,3 % – und damit um 0,5 % gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag – abgesenkt. Dies implizierte eine Reihe von Maßnahmen auf der Ausgabenseite. Diese umfassen eine Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 5 % im Jahr 2010 und ihr Einfrieren im Jahr 2011, eine drastische Veränderung der Rate bei der Stellennachbesetzung (nur jeder Zehnte, der in Pension geht, soll ersetzt werden), erstmalig seit der Redemokratisierung ein

Einfrieren der Pensionen, mit Ausnahme der Mindestpension, im Jahr 2011, das Ende von Mutterschaftszahlungen und die Verschiebung einiger öffentlicher Investitionsvorhaben. Dies bedeutet die Aufkündigung des sozialen Kompromisses der Regierung, der garantiert hatte, die Sozialleistungen nicht anzutasten. Auf der Ausgabenseite ist die Möglichkeit, Steuern auf die höchsten Einkommen zu erheben, geschaffen worden.

### Schlussfolgerungen

Die heutige Wirtschaftslage in Ländern wie Portugal und Spanien ist das Ergebnis des neoliberalen Wirtschaftsmodells, wie es von der EU über die Jahre verfolgt worden ist: Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen, hohe Arbeitslosenquoten, Verschuldung der privaten Haushalte, restriktive Politik bei den Staatsausgaben, im Fall Portugals ein schwaches Wirtschaftswachstum und im Fall Spaniens ein Wachstums, das sich allzu sehr auf einen einzigen Sektor stützte, der seine Fragilität in der Krise zeigte. Die Institutionen der EU und die Regierung haben es vermieden, über das zugrunde liegende Modell zu diskutieren. All die genannten Phänomene wurden als Ergebnis der Krise, nicht des Modells angesehen. Einige Anti-Krisenmaßnahmen wurden getroffen. Die budgetäre Situation verschlechterte sich, und die Europäische Kommission zeigte sich alarmiert. Es entstanden die revidierten Stabilitäts- und Wachstumsprogramme, die einige der Anti-Krisenmaßnahmen bekräftigten, und kurz darauf zeigten sich die Finanzmärkte aufgeschreckt. Was zunächst als Krisenfolge und als notwendiges Gegenmittel gegolten hatte, wurde nun auf einmal als irrelevant angesehen, ohne dass die Krise vorbei gewesen wäre. Die Anti-Krisenmaßnahmen wurden beendet und stattdessen Sparpläne durchgesetzt. Sie werden die Lage weiter verschärfen, da sie Variablen weiter drücken werden, die schon seit Jahren unter Druck stehen: Löhne, Sozialausgaben, öffentliche Investitionen. Im konkreten Fall Portugals und Spaniens könnten zudem negative kumulative Effekte entstehen, die aus ihrer Handelsintegration resultieren.

In den letzten Jahren beinhaltete die europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Dekonstruktion des Sozialstaates. Es könnte jetzt zu einem noch schärferen Angriff auf diesen kommen. Bis jetzt haben die zwischen Mitgliedsländern angeheizte Konkurrenz, die mit der Realisierung des EU-Binnenmarktes begann, die Steuerparadiese, welche die möglichen Staatseinnahmen reduzierten, die Europäische Beschäftigungsstrategie und die Lissabon-Strategie diese Dekonstruktion schon ein ganzes Stück vorangetrieben. Aber niemals ist die absolute Souveränität der Märkte, der Finanzmärkte, gegenüber der Staatspolitik, dem Lebensstandard der StaatsbürgerInnen, den großen nationalen Projekten wirtschaftlicher und sozialer Ausrichtung so deutlich geworden wie heute. So haben sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Gefangene dieser Märkte gewandelt, so alsob sie einfache Finanzaktiva der SpekulantInnen geworden wären. Die Regierungen erscheinen als bloße Agenten der gewaltsamsten legalen Aneignung von wirtschaftlichem Surplus, an die man sich erinnert. Der Konflikt um die Einkommensverteilung verschiebt sich zum Konflikt zwischen jenen, die für andere arbeiten, und den modernen Investoren, dem Finanzkapital. Dies hat noch schlimmere soziale Konsequenzen.

Es kommt zu einer Rollenumkehrung: Statt einer Regulierung der Märkte durch die Regierungen, wie es die Pflicht demokratischer Regime wäre, ergibt sich eine Re-

gulierung der Regierungen durch die Märkte. Letztlich wird die Demokratie selbst in Frage gestellt. Die europäischen Verantwortlichen schweigen hierzu. Aber auf diese Weise gewinnen die Finanzmärkte und verliert Europa heute und in der Zukunft.

*Übersetzung aus dem Portugiesischen: Joachim Becker*

## **Literatur**

- BIS (2007) The global upward trend in the profit share. Working Paper 231
- Fricke, T. et al. (2010) Euroland Put to the Test: Can European Monetary Union Still be Saved. Friedrich Ebert Stiftung. International Policy Analysis. Berlin
- Lapavistas, C. et al. (2010) Eurozone Crisis: beggar thyself and thy neighbour. RMF Occasional Report. London
- Ministério de Finanças, Portugal (2010) Programa de Estabilidade e Crescimento 2010–2013. Lissabon (März)
- Ministerio de Economía y Hacienda (2010) Actualización del Programa de Estabilidad 2009–2013. Madrid